

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Das Überleben der Menschheit durch den Dialog und die Zusammenarbeit zu sichern ist nach Ansicht von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB das oberste entwicklungspolitische Gebot.

Seite 1

Den Beitrag von Städten zur ökologischen Wende stellt Monika Griefahn dar.

Seite 4

49. Jahrgang / 181

20. September 1994

Die Blockaden brechen

Das Überleben kann nur durch Dialog und Zusammenarbeit gesichert werden

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Ob die Umsetzung von Rio gelingt, hängt nicht allein davon ab, ob die Empfehlungen der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung in der Sache verstanden werden, sondern ob es gelingt, die Blockaden, die einer Durchführung des als richtig und notwendig Erkannten entgegenstehen, zu brechen. Wo die Blockaden stehen, will ich in den folgenden Thesen kurz bezeichnen.

These 1

Das Weltwissen für nachhaltige Entwicklung ist geschärft.

Dazu haben die Konferenzen für Umwelt und Entwicklung (Rio 1992), zu Menschenrechten (Wien 1993) und Weltbevölkerung (Kairo 1994) beigetragen. Mit unterschiedlichem Schwerpunkt waren alle diese Konferenzen globale Dialoge zu nachhaltiger Entwicklung. Und das gleiche Anliegen wird, wenn auch wieder mit einem neuen Schwerpunkt, vom kommenden Sozialgipfel (Kopenhagen 1995) diskutiert werden.

Diese Konferenzen sind ein Schritt vorwärts, um das Bewußtsein zu schärfen für globale Risiken und um Strategien zu entwickeln, diese gemeinsam zu bewältigen. Wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten und aus unterschiedlichen Interessenlagen, so entwickelt sich doch allmählich ein grundlegender Konsens zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, daß das Überleben auf dieser Erde nur durch Dialog und bessere Zusammenarbeit gesichert werden kann.

These 2

Wachsendem globalen Wissen stehen aber Blockaden in der praktischen Umsetzung gegenüber.

Die Abholzung der Wälder, der Ausstoß von Kohlendioxid, die Ressourcen- und Energieverschwendung, der Anstieg der Weltbevölkerung, wachsende Armut und kriegerische Katastrophen wachsen trotz aller Empfehlungen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b. 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemfänger-Umgebung
mit recyceltem Postpapier
Recycling-Papier



Da sind zum einen die politischen Blockaden. Die internationalen Institutionen sind zu schwach, um die im Konsens gefaßten Empfehlungen der Weltkonferenzen durchzusetzen. Die Nationalstaaten sind nach einer langen Phase der Prosperität heute wieder mit wachsenden inneren Problemen konfrontiert. Und auf der lokalen Ebene sind Bürger/Innen und Kommunen weitgehend von globalen Problemen und Entscheidungen abgekoppelt.

Aber da sind, zum anderen, auch die Denkblockaden. Insbesondere die Wirtschaftstheorie hat bis heute kein Modell für globale und nachhaltige Entwicklung, also eine Wirtschaftspolitik, die den ökologischen Notwendigkeiten und einem Ausgleich der internationalen Interessen Rechnung trägt, formuliert.

These 3

Die internationalen Institutionen sind durch nationales Souveränitätsdenken und die Dominanz der großen Industrieländer blockiert.

Einer wirtschaftlich, technologisch und ökologisch vernetzten Welt steht ein Vakuum globaler Regelungsmechanismen gegenüber. Dies verhindert Fortschritte zu einer Weltinnenpolitik. Die internationalen Institutionen haben noch nicht und die Nationalstaaten nicht mehr das politische Instrumentarium, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Verwerfungen, zu bewältigen. Den internationalen Institutionen fehlt eine demokratische Basis, ein sanktionsfähiges internationales Recht, die politischen Instrumente und der finanzielle Spielraum zu wirksamen Handeln. Die Nationalstaaten setzen im Zweifel nach wie vor ihre eigenen kurzfristigen Interessen gegen das gemeinsame Interesse an globaler Sicherheit durch.

Und die internationalen Institutionen, insbesondere Währungsfond und Weltbank sind an das politische und finanzielle Veto der großen Industrieländer gebunden. Dies gilt, wenn auch etwas weniger, für die Vereinten Nationen. Die Dominanz der Industrieländer schwächt die Legitimität und Autorität der internationalen Institutionen.

These 4

Die Durchsetzung von Empfehlungen, die die internationalen Konferenzen formuliert haben, wird in den Nationalstaaten blockiert, weil zunehmend innere ökonomische und soziale Probleme ungelöst bleiben.

Solange Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und innere Verteilungskämpfe wachsen, sind die gesellschaftlichen Kräfte zu schwach, um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft wirklich voranzutreiben. Überschuldung und immer höhere Kosten zur Bewältigung sozialer Verwerfungen und zur Abwehr der ökologischen Schäden des Wachstums binden ungeheure Finanzsummen. Sie fehlen, um bei der Produktion, im Verkehr und bei der Energie zukunftsorientierte Weichen zu stellen. Solange in unserer Gesellschaft krasse Ungerechtigkeit, soziale Not und Arbeitslosigkeit nicht von den Ursachen her bewältigt werden, wird es politisch und finanziell fast unmöglich, umzusteuern.

Wer sich also um den Globus sorgt - aus Solidarität und Eigeninteresse - muß auch mit Hand anlegen, um die Mißstände im eigenen Land zu beseitigen. Globale Verantwortung und Innenpolitik sind so engstens miteinander verknüpft.

These 5

Die lokale Ebene ist blockiert, weil viele Kommunen den Blick für ihren Teil globaler Verantwortung nicht öffnen und Bürgerbewegungen mit ihrem Engagement nicht mehr durchdringen.

Kirchturmspolitik und Konkurrenzdenken verstellen oft den Blick dafür, daß in den Städten und Dörfern Handlungsspielräume bestehen; um zu einer global verantwortlichen Entwicklung in unserer eigenen Gesellschaft beizutragen. Beispiel. Man konzentriert sich auf Abfallbeseitigung und vergißt die Müllvermeidung. Man baut prächtige Rathäuser und hat kein Geld für den Nahverkehr. Man debattiert verbissen um den letzten Kantstein und vergißt, in öffentlichen Unternehmen die Hebel umzulegen, um Wasser und Energie zu sparen.

Immer mehr Menschen resignieren oder ziehen sich auf sich selbst zurück. Viele bezweifeln, daß ihr persönliches Engagement zu greifbaren Ergebnissen führen kann. Wachsende politische Komplexität, mangelnde Dezentralisierung politischer Entscheidungen und kommerzialisierte Massenmedien mindern die Chance, daß sich Gemeinsinn wirkungsvoller organisieren kann. Es gibt viele Bürgerinitiativen für das Problem vor und hinter dem Haus. Es gibt auch ein verdienstvolles Engagement von einzelnen Nichtregierungsorganisationen. Aber eine breite gesellschaftliche Bürgerbewegung für Frieden, Umwelt und Entwicklung: Nicht mehr und noch nicht wieder!

These 6

Neben den politischen sind es auch theoretische Blockaden, die den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung verhindern.

Das westliche Wohlstandsmodell läuft der Wirklichkeit hinterher. Das herrschende ökonomische Denken hat keinen Platz für die Tatsache, daß Wohlstand auf Dauer nur durch nachhaltiges Wirtschaften zu bewahren ist und Leben und Arbeiten im eigenen Land zunehmend von globalen Bedingungen abhängig ist. Die Wirtschaftstheorie ist ein geschichts- und kulturunterschiedliches, abstraktes Konstrukt, das als quasi naturgesetzliches Modell aus dem Westen in den Süden und Osten exportiert wird - oft mit verheerenden sozialen und ökologischen Folgen. Sie sind im Modell ausgeklammert.

Diese zeitliche und räumliche Begrenzung des Denkens versperrt die Einsicht in die Grenzen der Marktökonomie, bindet nach wie vor soziale und ökologische Lösungen allein an quantitatives Wachstum, kümmert sich nicht um qualitative Strukturreformen, degradiert den Staat zum Erfüllungsgehilfen einer Wirtschaft, die sich zunehmend monopolisiert und in multinationalen Konzern-Allianzen verselbständigt.

Die hier kurz skizzierten politischen und theoretischen Blockaden verhindern, daß sich globales Wissen und Gewissen durchsetzt und in durchgreifenden Reformen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene in konkretem Handeln niederschlägt. Muß es erst zu den absehbaren globalen Katastrophen kommen, die auch uns hart treffen werden, bevor wir lernen, im gemeinsamen Interesse umzusteuern - oder sind wir in der Lage, über das Hier und Heute hinauszudenken und den persönlichen, lokalen und nationalen Egoismus ins Gleichgewicht zu bringen mit den globalen Notwendigkeiten.

(-/20. September 1994/rs/ks)

Rio hat verhandelt - Kommunen handeln
Was Städte zur ökologischen Wende beitragen

Von **Monika Griefahn**
Niedersächsische Umweltministerin
Umweltministerin in einem Kabinett Rudolf Scharping

'Global denken - lokal handeln', dieser Leitsatz des Club of Rome stand vor gut zwei Jahren auch über der UN-Konferenz 'Umwelt und Entwicklung' in Rio. Zweifellos eine richtige und berechtigte Forderung, denn

- die Beachtung und Einbeziehung globaler Probleme in die politische Diskussion einerseits
 - und die schnelle und konkrete Umsetzung möglicher Lösungen vor Ort andererseits
- sind unabdingbar, wenn eine weltweite ökologische Katastrophe verhindert werden soll.

Und die zeichnet sich immer deutlicher ab, wenn wir weiterhin solche Ummengen an Rohstoffen und Energie verbrauchen, wie bisher: Jedes Jahr verfeuert die Menschheit rund 500.000 Jahre erdgeschichtlicher Energieproduktion in Form von Kohle, Öl und Erdgas. Dabei werden tonnenweise Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Kohlenwasserstoffe, Stäube und Rußpartikel in die Atmosphäre geblasen. Davon gehen allein drei Viertel des Energieverbrauchs und der Kohlendioxidemissionen auf das Konto jenes Viertels der Menschheit, das in den Industriestaaten des Nordens lebt.

Wir vergiften mit unserer Wirtschafts- und Lebensweise nicht nur unsere Atemluft, unsere Böden und Gewässer, sondern bringen inzwischen das gesamte Erdklima aus dem Gleichgewicht. Zwar kann niemand heute die klimatischen Veränderungen zuverlässig voraussagen. Unbestritten ist jedoch: Die Temperatur der Erdatmosphäre steigt - in den vergangenen 100 Jahren um 0,7 Grad mit zunehmender Tendenz.

Nachgewiesen ist auch, daß der Meeresspiegel in den letzten 100 Jahren um 10 bis 20 cm angestiegen ist. Wenn nichts geschieht, rechnen Klimaforscher damit, daß die mittlere Erdtemperatur bis zum Ende des 21. Jahrhunderts von heute 15,4 Grad auf über 18 Grad angestiegen sein wird.

Dann hätten wir in knapp 200 Jahren geschafft, wozu die Natur seit der letzten Eiszeit rund 18.000 Jahre gebraucht hat.

Es gibt ernstzunehmende Befürchtungen, daß bei diesem dramatischen Temperaturanstieg Gletscher abschmelzen, der Meeresspiegel weiter ansteigt und weltweit Küstenregionen überflutet werden. Gleichzeitig ist infolge der Klimaveränderung mit einer starken Ausdehnung der Wüstengebiete zu rechnen. Weite Teile der Erde, die heute noch von Millionen von Menschen besiedelt sind, drohen auf diese Weise unbewohnbar oder zumindest unfruchtbares Land zu werden; mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die eine solche ökologische Katastrophe mit sich brächte.

Gegenmaßnahmen bleiben in den Ansätzen stecken

Das alles ist seit langem bekannt und gehört spätestens seit der UN-Konferenz von Rio (UNCED) zum politischen Allgemeinut. Doch obwohl uns genügend Erkenntnisse vorliegen, obwohl der Problemdruck bereits jetzt immens ist, bleiben adäquate Gegenmaßnahmen meist in den Ansätzen stecken.

Vor allem wirksame und realistische globale Strategien gegen den Treibhauseffekt sind nicht in Sicht. Daran hat auch die UNCED-Konferenz vor zwei Jahren nichts geändert:

Zwar wurde in Rio in wohlgesetzten Worten der gemeinsame Wille zur Bekämpfung des Treibhauseffekts bekundet, aber die anschließend verabschiedete Weltklimakonvention reicht über eine vage Absichtserklärung mit viel zu niedrig angesetzten Zielen nicht hinaus. Völkerrechtliche verbindliche Angaben darüber, welche Staaten in welchen Zeiträumen welche Mengen an Treibhausgasen einsparen müssen, sucht man vergeblich. Mit anderen Worten: Letztlich bleibt es doch jedem Land selbst überlassen, ob und wieviel es zum Klimaschutz beitragen will.

Hier liegt das entscheidende Defizit der Rio-Konferenz. In globalen Kategorien zu danken, ist zwar richtig, aber dabei dürfen die Beteiligten nicht stehenbleiben. Gerade weil es sich um ein weltweites Problem handelt, müssen auch auf UNO-Ebene konkrete Maßnahmen und Ziele vereinbart und durchgesetzt werden. Wenn die Akteure auf internationalem Parkett nicht in der Lage sind, ihre eigenen Proklamationen in die Tat umzusetzen, kann man sich solche teuren Mammutveranstaltungen wie in Rio jedenfalls sparen.

Etwas besser, aber bei weitem noch nicht ausreichend, ist die Situation auf nationaler Ebene. Zwar hat der CO₂-Ausstoß im vereinigten Deutschland von 1987 bis 1993 um 15,7 Prozent abgenommen, aber dieser Rückgang ist nicht das Ergebnis konsequenter Umweltpolitik, sondern geht in erster Linie auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch zahlreicher Industriebetriebe der ehemaligen DDR zurück.

Wie wenig die Regierung Kohl tatsächlich tut, um ihren eigenen CO₂-Minderungsbeschluß von 1990 umzusetzen, läßt sich nämlich sehr gut in den alten Ländern feststellen: Dort ist der Kohlendioxidausstoß noch immer genauso hoch wie im Bezugsjahr 1987. Ob bei dieser klimapolitischen Stagnation die damals noch für die alten Länder versprochene 25- bis 30prozentige CO₂-Reduzierung bis 2005 erreicht werden kann, halte ich deshalb für sehr unwahrscheinlich.

Umso erfreulicher ist es, daß zumindest auf kommunaler Ebene seit einiger Zeit vielfältige Aktivitäten zum Schutz der Erdatmosphäre zu beobachten sind; Aktivitäten, die übrigens oft schon etliche Zeit vor der UNCED-Konferenz eingesetzt haben. Rio war also selbst als gedanklicher Impulsgeber nur von sehr begrenztem Erfolg.

"Rio hat verhandelt", das ist richtig. Aber immer mehr Städte und Gemeinden sind nicht mehr länger bereit, darauf zu warten, daß in Bonn, Brüssel oder New York endlich etwas passiert. Sie haben die Dimension des Problems erkannt und begonnen, selbst etwas gegen den Treibhauseffekt zu tun.

Europäische Städte schlossen "Klima-Bündnis" mit indigenen Völkern

So entstand in Frankfurt/M. bereits 1990, also lange vor Rio, das "Klima-Bündnis", ein Zusammenschluß europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre. Ziel des Klima-Bündnisses ist es, durch eine Senkung des Energieverbrauchs und eine Verringerung des motorisierten Verkehrs dazu beizutragen, daß die Belastung der Atmosphäre abnimmt und dadurch die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Konkret wollen die europäischen Mitgliedsstädte ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 halbieren. Diese Menge soll anschließend schrittweise noch weiter gesenkt werden.

Parallel dazu verzichteten sie auf Tropenholz und unterstützten die Indianervölker Amazoniens gegen vorrückende Holz-, Bergbau- oder Erdöl-Unternehmen, die durch ihren rücksichtslosen Raubbau an der Natur die Lebensgrundlage dieser Menschen und damit zugleich die Regenwälder zerstören. Diese grenz- und kulturübergreifende Solidarität ist ökologisch gleich in

mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung: Sie hilft, den Regenwald als CO₂-Speicher zu erhalten, sie ist ein aktiver Beitrag zur Sicherung der Artenvielfalt und sie kommt jenen Menschen zugute, die das Prinzip der nachhaltigen Ressourcennutzung bereits seit langem praktizieren. Mit diesem zweigleisigen Vorgehen, - lokal und international -, entspricht das Klimabündnis zwei wichtigen Forderungen, die auch in der Agenda 21 aufgeführt sind:

1.) Die in Kapitel 28 geforderte Beteiligung lokaler Behörden an der Lösung von umwelt- und entwicklungspolitischen Problemen

und 2.) Die Anerkennung und Stärkung der Rolle indigener Gruppen, die in Kapitel 26 abgehandelt wird.

Handlungsmöglichkeiten zur Senkung von Treibhausgasen

Ein anderes Beispiel für praktischen kommunalen Klimaschutz ist das CO₂-Projekt des Internationalen Rates für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI), der unter Beteiligung der Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) und des Internationalen Städtetages (IULA) gegründet wurde. Städte wie Helsinki, Kopenhagen, Bologna, Toronto oder Saarbrücken erarbeiteten im Rahmen dieses Projekts kommunale Klimaschutzprogramme, in denen sie konkrete lokale Handlungsmöglichkeiten zur Senkung von Treibhausgasen auführen. Der Vorteil solcher Zusammenschlüsse ist, daß sie stärkeren Druck auf die übergeordneten Politikebenen ausüben können, als das einzelne Kommunen könnten und das Informationen, Konzepte und praktische Erfahrungen schneller weitergegeben und damit verfügbar werden.

Da die Aufheizung der Erdatmosphäre zu über 50 Prozent auf den Kohlendioxidaußstoß zurückzuführen ist, liegt hier selbstverständlich auch der Schwerpunkt der meisten Klimaschutzprogramme. Darüberhinaus enthalten sie aber zumeist auch Maßnahmen gegen klimarelevante Spurengase wie FCKW's und Methan.

Während der Erstellung von Minderungskonzepten stellte sich überall schnell heraus, daß die anvisierten Maßnahmen nicht nur dem Schutz des Klimas dienen, sondern eine ganze Reihe weiterer positiver Effekte haben. So bedeutet eine effizientere Ausnutzung der Primärenergie immer auch eine insgesamt geringere Schadstoffbelastung. Dies kommt der Umwelt allgemein zugute und trägt zugleich zur Verbesserung der urbanen Lebensqualität bei. Darüberhinaus ist eine verbesserte Energieeffizienz auch Voraussetzung für einen geringeren Ressourcenverbrauch, was letztlich auch zu Einspareffekten in den kommunalen Haushalten führt.

Um deutlich zu machen, wie vielfältig die Möglichkeiten für eine aktive kommunale Klimaschutzpolitik sind, will ich an dieser Stelle zu einer kleinen Rundreise durch einige Klima-Bündnis-Städte einladen. Den Auftakt macht die baden-württembergische Stadt Donaueschingen (18.000). Das Beispiel habe ich gewählt, um deutlich zu machen, daß Klimaschutz nicht nur eine Angelegenheit für Großstädte ist, sondern auch in kleineren und mittleren Kommunen eine ganze Menge getan werden kann.

Donaueschingen hat ein kommunales Handlungsprogramm erarbeitet, das auf den drei Feldern Bauen Verkehr und FCKW's eine Reihe konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz vorschreibt.

So wird, um Energie zu sparen, in neuen Baugebieten der hohe schwedische Dämmstandard zur Bedingung für den Verkauf von Grundstücken gemacht und - soweit möglich - in die Bebauungspläne aufgenommen. Mittelfristig wird der Bau von Niedrigenergiehäusern angestrebt. Einer bereits vorhandenen ökologisch orientierten Siedlung sollen durch kommunale Förderung weitere folgen.

Nutzung der Sonnenenergie bei neuen Wohnbauten

Das Programm sieht unter anderem vor, daß in Neubauten nur noch besonders energiesparende Heizungsanlagen, eingebaut werden, zum Beispiel durch den Anschluß an KWK-Anlagen oder Solaranlagen mit Wärmespeicher. Bei der Konzeption der Baugebiete wird deshalb die Nutzung der Sonnenenergie begünstigt. Einfamilienhäuser, die energetisch immer etwas ungünstiger sind, werden nur noch in Ausnahmefällen vorgesehen. Neuer Wohnraum soll vorrangig in verdichteter Bauweise und zentrumsnah geschaffen werden, um von vornherein Verkehr zu vermeiden und die Flächenzersiedlung einzudämmen.

Ähnliche Ziele verfolgt man auch in Magdeburg. In den "Kommunalpolitischen Leitsätzen Klimaschutz" ist festgelegt, daß in der Bauleitplanung die Arbeit auf eine höhere Energieeffizienz auszurichten ist. Ein "Magdeburger Energiepass" soll helfen, eine klimaangepaßte Bauweise und höhere Dämmstandards durchzusetzen. Zur Ausschöpfung aller Energiesparmöglichkeiten wurden die Energieproduzenten verpflichtet, den privaten Bauherren eine unabhängige Energie-Beratung anzubieten. Die Stadt wirkt daraufhin, städtische Gebäude nur noch mit Niedrigenergiestandard zu errichten. Bei Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sind Einzelanforderungen an den strengeren Kriterien der Neubauplanung zu orientieren. Ebenso wird im öffentlich geförderten Wohnungsbau für alle größeren Projekte eine Optimierung des Energiebedarfs angestrebt. Durch Modernisierung der Heizungsanlagen im städtischen und privaten Bereich sollen darüberhinaus Kesselverluste und Emissionen soweit wie möglich gesenkt werden. Insbesondere Elektroheizungen sollen aufgrund ihrer hohen spezifischen CO₂-Emissionen durch effiziente Anlagen ersetzt werden.

Solche und ähnliche Maßnahmen zur Energieeinsparung beziehungsweise zur Erhöhung der Energieeffizienz durch Wärmedämmung, dezentrale Energieversorgung, KWK-Techniken und Least-Cost-Planning-Modelle gibt es mittlerweile in einer Vielzahl deutscher Städte und Gemeinden. Ob Fernwärme auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung in Aachen, ob Niedrigenergiehaus-Programme in Freiburg und Hannover oder Energiespar-Förderprogramme in München und Kassel, überall bewegt sich etwas in Sachen Klimaschutz.

Und daß Energiesparen sogar Spaß machen kann, wurde erst kürzlich wieder in Saarbrücken bewiesen: Um den Einsatz neuartiger Energiesparlampen zu fördern, wurden Plakate geklebt mit der eindeutigen Forderung: "Wählt nicht die Birne!"

Neben den Bereichen Bauen und Energietechnik ist der Verkehrssektor ein wichtiges kommunales Handlungsfeld, wenn es um Maßnahmen zum Erhalt der Erdatmosphäre geht. Da der Verkehr in Deutschland mit einem Anteil von über 20 Prozent mittlerweile zum zweitgrößten CO₂-Emitenten geworden ist, sind gerade in diesem Bereich hohe Einsparpotentiale vorhanden.

Wichtig ist hier vor allem den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen. Die Voraussetzungen dafür sind allgemein bekannt. Notwendig sind

- Verbesserungen des ÖPNV's, das heißt verbesserte Anbindung von Randbezirken und Dörfern an die Zentren, häufigere Taktzeiten, aufeinander abgestimmte Fahrpläne, regionale Verkehrsverbünde mit einheitlichen Tarifen, durch Einsatz emissionsarmer Antriebstechniken (Elektromotoren mit Strom aus regenerativen Energiequellen oder erdgasbetriebene Busse), vermehrte Sonderangebote für Vielfahrer und Familien sowie Vorrangspuren für Öffentliche Verkehrsmittel im Straßenverkehr.
- Verbesserungen im Radverkehr durch umfassende und gut ausgebaute Radwege und Einführung von Bike-and-Ride-Anlagen vor allem an Bahnhöfen.

- Direkte Einschränkungen des Autoverkehrs durch Parkraumverknappung beziehungsweise Bewirtschaftung und durch flächendeckende Einführung von verkehrsberuhigten Zonen beziehungsweise Tempo-30-Zonen im innerstädtischen Bereich.
- Verknüpfungsmaßnahmen zwischen den einzelnen Verkehrsarten, um die jeweiligen Vorteile optimal nutzen zu können.

Viele dieser Ansätze werden bereits praktiziert, zum Beispiel in Lübeck, wo mittlerweile die gesamte Innenstadt autofrei geworden ist oder in Hannover, das über einen sehr gut organisierten und genutzten Personennahverkehr verfügt. Was in diesem Bereich alles möglich ist, beweist Zürich, daß in puncto ÖPNV wahrscheinlich europäischer Spitzenreiter ist.

Wie wichtig diese Konzepte sind, wird deutlich, wenn man sieht, daß gerade im Verkehrssektor die CO₂-Emissionen seit 1987 um 16 Prozent gestiegen sind.

Mit neuen Wegen den Trend zum höheren CO₂-Ausstoß brechen

Wenn dieser Trend gebrochen werden soll, müssen im wahrsten Sinne des Wortes neue Wege gegangen werden. Viel wird in diesem Zusammenhang von der vereinbarten Regionalisierung des Schienennahverkehrs abhängen. Wenn es gelingt die Vernetzung von Stadtbahnen und Regionen zügig voranzutreiben, wäre bereits ein großer Schritt geschafft.

Natürlich kann nicht jede Stadt in allen Bereichen gleich erfolgreich sein. Je nach Infrastruktur und Einwohnerbedürfnissen muß versucht werden, ganz individuelle CO₂-Minderungsprogramme zu entwerfen. Dabei ist es sinnvoll, diese Konzepte nicht ausschließlich von Experten schreiben zu lassen, sondern Ratsmitglieder, Interessenverbände wie Mieter- und Hausbesitzervereinigungen, Industrie, Handwerk und Gewerkschaften sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger von vornherein mit einzubeziehen. Denn je breiter die Basis solcher Initiativen ist, desto größer ist anschließend auch die Akzeptanz. Und die ist immer noch entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg politischer Lösungsstrategien.

Der Bund muß die Rahmenbedingungen verändern

Die Beispiele zeigen, daß viele Kommunen in Deutschland bereit sind, die Forderung von Rio "Global denken - lokal handeln", sehr ernst nehmen. Sie sind dabei, ihre Haushalte und ihre Politik immer häufiger auch an ökologischen Erfordernissen auszurichten. Aber bei allem guten Willen wird ihr Erfolg begrenzt bleiben müssen, wenn der Bund die ökonomischen und ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen nicht ändert. Wenn der Klimaschutz in Deutschland wirklich vorankommen soll, müssen die Preise für fossile Energieträger und Atomstrom schrittweise steigen. Die SPD will diese Ressourcenverteuerung im Rahmen einer ökologischen Steuerreform durchsetzen und im Gegenzug Sozialabgaben und Steuern senken. Auf diese Weise entsteht ein finanzieller Anreiz, in Zukunft sparsamer mit Energie umzugehen. Auf diese Weise erleichtern wir innovativen und effizienten Energietechnologien den Marktdurchbruch.

(-/20. September 1994/rs/ks)
